

Landkreis soll Gesamtschule einrichten

Bürgermeister stellt Antrag / Möglichst zum 1. August 2008 / Schulfonds am Kammweg einrichten

Für die Bergstadt hat Bürgermeister Oliver Schäfer die Einrichtung einer Gesamtschule im Schulzentrum am Ochsenbruch beim Landkreis als zuständigen Träger beantragt. Schäfer hat ebenfalls die Einrichtung eines Schulfonds für die Grundschule am Kammweg gefordert.

Obernkirchen. Schäfer folgt damit einem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der auf die derzeitige Situation verweist: Die vierzügige IGS in Stadthagen sei die einzige Gesamtschule des Landkreises. Da die Anmeldezahlen die Kapazität dieser Schule deutlich übersteigen und der Landkreis eine Erweiterung an diesem Standort ausschließe, sei die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule in Schaumburg dringend erforderlich. Denn der Schulstandort Obernkirchen biete durch seine zentrale Lage sehr gute Voraussetzungen. Bedingt durch die rückläufigen Zahlen im Haupt- und Realschulbereich und dem Wegfall der Orientierungsstufe stünden genügend freie Räume zur Verfügung. Zudem, so unterstrich Fraktionsvorsitzender Wilhelm Mevert, wäre eine Gesamtschule für die weitere Entwicklung der Stadt von erheblichem Vorteil, da hiermit auch bei potentiellen Neubürgern geworben werden könnte. Mevert verweist darauf, dass das derzeitige Schulgesetz die Gründung neuer Gesamtschulen zwar nicht zulasse, aber die CDU-Landesregierung den Eindruck geweckt habe, als ob Bewegung in die Diskussion gekommen sei: Werde nach den Landtagswahlen im Januar nächsten Jahres das Einrichtungsverbot für Gesamtschulen aufgehoben, sollte die Stadt vorbereitet sein. Möglicherweise könnte nach der Aufhebung des Einrichtungsverbotes schon zum 1. August nächsten Jahres eine Gesamtschule angeboten werden.

Auch in seinem zweiten Antrag an den Landkreis folgt Schäfer einer Forderung der SPD-Fraktion. An der Grundschule Kammweg solle ein Schulfonds eingerichtet werden: „Zur kurzfristigen, unbürokratischen und unmittelbaren Unterstützung für Kinder aus einkommensschwachen Familien.“ Die Stadtverwaltung will sich daher an Koordinierungsgesprächen des Landkreises mit den Schaumburger Schulen und Samtgemeinden beteiligen, die das Ziel verfolgen, an den Schaumburger Schulen eine landkreisweite einheitliche Struktur von Unterstützungsfonds zu entwickeln, die unmittelbar an den Schulen eingerichtet und von diesen verwaltet wird, den Schulfonds eben. Die Finanzierung des Fonds soll durch die Samtgemeinden, Städte und den Landkreis nach einem zu vereinbarenden Schlüssel erfolgen, schlägt die SPD vor. Als Begründung verweist die SPD auf die „Gewährleistung gleicher Bildungschancen durch einen gleichberechtigten und von materiellen Voraussetzungen Zugang zu Bildung“ – eine zentrale Aufgabe aller staatlichen und kommunalen Ebenen.

Die SPD-Fraktion hatte in ihrem Antrag auf die real existierende Schaumburger Realität verwiesen: 7500 Familien würden in diesem Jahr Leistungen zum Lebensunterhalt nach den Sozialgesetzbüchern und dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, davon allein 2600 Familien mit 4450 Kinder unter 15 Jahren. Besonders getroffen seien davon rund 1400 Alleinerziehende mit rund 2200 Kindern unter 18 Jahren. Insgesamt seien in Schaumburg 5000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut bedroht. rnk